

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

18. WP - 63. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. April 2014, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Tobias von Pein (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Sachstandsbericht der Staatskanzlei über das Projekt KoPers</b>	<b>5</b>
<a href="#">Umdrucke 18/2417, 18/2612, 18/2642</a>	
<b>b) Bericht der Landesregierung zur Erstellung einer Organisationsanalyse für den Bereich des Finanzverwaltungsamtes des Landes Schleswig- Holstein durch einen externen Gutachter</b>	
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/2649</a>	
<b>2. Institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1151</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Umdruck 18/2670</a>	
<b>3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU <a href="#">Drucksache 18/1125</a>	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein</b>	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1557</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/2680</a>	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/1659</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1714</a>	

- 
- |  |    |
|--|----|
| <b>5. Prüfung der Einführung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein durch den Landesrechnungshof</b>                             | 11 |
| Antrag der Fraktion der PIRATEN<br><a href="#">Drucksache 18/1668</a>  |    |
| <b>6. Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen</b>   | 12 |
| Antrag der Fraktion der CDU<br><a href="#">Drucksache 18/1549</a>  |    |
| <b>Strukturelles Defizit abbauen, für Altschuldenfonds werben</b>  |    |
| Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW<br><a href="#">Drucksache 18/1614</a> |    |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN<br><a href="#">Umdruck 18/2679</a>                                       |    |
| Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW<br><a href="#">Umdruck 18/2682</a>    |    |
| <b>7. Terminplanung 2014</b>   | 14 |
| <a href="#">Umdrucke 18/2610</a> (neu), <a href="#">18/2611</a> (neu)  |    |
| <b>8. Information/Kenntnisnahme</b>  | 15 |
| <b>9. Verschiedenes</b>  | 16 |

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Sachstandsbericht der Staatskanzlei über das Projekt KoPers**

[Umdrucke 18/2417, 18/2612, 18/2642](#)

**b) Bericht der Landesregierung zur Erstellung einer Organisationsanalyse für den Bereich des Finanzverwaltungsamtes des Landes Schleswig-Holstein durch einen externen Gutachter**

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/2649](#)

Projektleiter Herr Höhn berichtet über den aktuellen Stand des Projekts KoPers (siehe Anlage).

Eine Frage von Abg. Koch zur Reorganisation des Personalmanagements beantwortet Herr Dr. Büchmann, Beauftragter der Landesregierung für Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung, dahin, er sei optimistisch, dass man bis Ende des Jahres den Organisationsteil zumindest als übergreifenden Plan hinbekomme und die Auflösung der 96 Einzelprozesse darstellen könne. Er könne nicht ausschließen, dass es den einen oder anderen kritischen Fall geben werde.

Auf eine weitere Frage von Abg. Koch zum Dienstleistungszentrum Personal antwortet Herr Losse-Müller, Staatssekretär im Finanzministerium, die Errichtung des DLZP verfolge das Ziel, die Effizienz zu steigern und Personal einzusparen, das sich aus Beschäftigten des Finanzverwaltungsamtes und der Ressorts rekrutiere. Die Ministerien hätten die Synergien erkannt, die mit dem Abbau von Aufgaben und Personal verbunden seien. Zur Realisierung des DLZP habe man innerhalb des Rahmenvertrags mit Dataport ein Organisationsgutachten an einen externen Gutachter vergeben, dessen Ergebnisse man verifizieren und dem Ausschuss in den nächsten Monaten vorlegen werde. Die Organisationsanalyse, die bereits große Konsolidierungspotenziale identifiziert habe, werde die Basis für eine massive Umorganisation und Umsetzung von Personal in das neue DLZP sein, von der man sich erhebliche Synergien in den nächsten zehn bis 15 Jahren verspreche.

Abg. von Kalben fragt nach der Zusammenarbeit mit Hamburg und wünscht sich, dass die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung „mitgenommen“ würden und ihre Motivation erhalten bleibe.

Staatssekretär Losse-Müller bekräftigt das Ziel, das neue Dienstleistungszentrum Personal so attraktiv zu machen und Anreize zu schaffen, dass eine ausreichende Zahl von Beschäftigten freiwillig dorthin wechseln wolle.

Herr Dr. Büchmann teilt mit, Schleswig-Holstein und Hamburg arbeiteten bei der Software und den Prozessen weiter eng zusammen; zurzeit lege Schleswig-Holstein bei KoPers allerdings ein höheres Tempo vor als Hamburg.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, erwartet, dass für alle Prozesse eine angemessene und belastbare Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt werde, und kündigt an, dass der Rechnungshof das Projekt KoPers auch künftig konstruktiv-kritisch begleiten werde.

Der Finanzausschuss äußert sich erleichtert über die Fortschritte beim Projekt KoPers, bedankt sich bei allen Beteiligten für deren Engagement, nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erwartet den nächsten Bericht im dritten Quartal 2014.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1151](#)

hierzu: [Umdrucke 18/2166](#), [18/2285](#), [18/2335](#), [18/2473](#), [18/2546](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/2670](#)

Abg. Schmidt bringt den Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/2670](#), ein.

Abg. Sönnichsen erkennt an, dass mit dem Gesetzentwurf eine Förderung des Landesfeuerwehrverbands von 250.000 € festgeschrieben werde. Offen sei allerdings, inwieweit der Landesfeuerwehrverband darüber hinaus mit bis zu 500.000 € gefördert werde, weil dies von der Entwicklung der Lotto-Abgaben abhängt.

Abg. Harms und Andresen plädieren dafür, im Rahmen der Haushaltsberatungen über den Gesetzentwurf zu beschließen. Es gehe darum, mit welcher Finanzierung man das gemeinsame Ziel einer angemessenen und verlässlichen Förderung des Landesfeuerwehrverbands am besten sicherstelle.

Herr Schütt, Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbands, wünscht sich eine institutionelle Förderung in Höhe von 500.000 € jährlich, um die beabsichtigten Projekte umsetzen zu können. Wichtig sei, dass der Landesfeuerwehrverband dauerhaft mit einem festen Betrag rechnen könne, um Planungssicherheit zu haben und geplante Projekte nicht wieder streichen zu müssen.

Die Vertreter der Oppositionsfraktionen sind dafür, zeitnah über den Gesetzentwurf abzustimmen, um dem Landesfeuerwehrverband jetzt Planungssicherheit zu geben.

Finanzministerin Heinold weist darauf hin, dass die Zweckabgaben schon heute nicht ausreichen, die gemeinnützigen Zwecke zu finanzieren. Die Aufnahme einer weiteren Zweckbindung verschärfe das Finanzierungsproblem.

Herr Asmussen, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, erkennt die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr an, problematisiert allerdings die Entwicklung der Höhe der institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbands vor dem Hintergrund der Haushaltslage des Landes.

Abg. Koch bittet die Finanzministerin, dem Ausschuss die aktuelle Entwicklung der Glücksspieleinnahmen darzulegen.

Ministerin Heinold sagt dies zu und macht darauf aufmerksam, dass es die Glücksspielabgabe ab dem Jahr 2015 nicht mehr gebe.

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf bis zu den Haushaltsberatungen zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/1125](#)

(überwiesen am 25. September 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

Die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf [Drucksache 18/1125](#) wird auf die nächste Sitzung, am 8. Mai 2014, vertagt. Der Gesetzentwurf soll zur zweiten Lesung in der Mai-Tagung des Landtags angemeldet werden.

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1557](#)

(überwiesen am 21. Februar 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2119](#), [18/2151](#), [18/2154](#), [18/2155](#), [18/2168](#), [18/2169](#),  
[18/2176](#), [18/2177](#), [18/2179](#), [18/2181](#), [18/2182](#), [18/2183](#),  
[18/2184](#), [18/2204](#), [18/2205](#), [18/2206](#), [18/2207](#), [18/2208](#),  
[18/2223](#), [18/2435](#), [18/2490](#), [18/2497](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2680](#)

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/2680](#), wird einstimmig angenommen.

Gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs [Drucksache 18/1557](#) mit der Präzisierung in [Umdruck 18/2680](#) anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/1659](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1714](#)

(überwiesen am 21. März 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss**; Verfahrensfragen)

Der Finanzausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Prüfung der Einführung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein durch den Landesrechnungshof**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1668](#)

(überwiesen am 21. März 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Plenum die Annahme des Antrags [Drucksache 18/1668](#) zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1549](#)

### **Strukturelles Defizit abbauen, für Altschuldenfonds werben**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1614](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN

[Umdruck 18/2679](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2682](#)

Abg. Koch will die Tilgung der Altschulden nicht an die Bedingung knüpfen, dass es Bundesmittel gebe.

Abg. Andresen und Harms legen Wert darauf, die Verhandlungsposition des Landes und die Forderung eines Altschuldentilgungsfonds nicht zu schwächen.

Abg. Dr. Garg hält es für wichtig, einen Plan B für die Schuldentilgung zu entwickeln, wenn der Bund den Schuldenabbau nicht unterstütze.

Abg. Herdejürgen betont die Notwendigkeit der Unterstützung des Bundes. Das Land dürfe durch die Festlegung eines Tilgungsplans seine Handlungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit nicht gefährden.

Finanzministerin Heinold weist darauf hin, dass Schleswig-Holstein, auch wenn es als einziges Bundesland neben Bayern einen positiven Haushaltsabschluss erreicht habe, Konsolidierungsland bleibe, angesichts des riesigen Schuldenbergs bei der Forderung eines Altschuldentilgungsfonds keinen Zentimeter zurückweichen dürfe und auf Bundeshilfe angewiesen sei. Die Landesregierung wünsche sich eine möglichst offene Antragsformulierung, um neben der

Schuldentilgung Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen und Handlungsoptionen zu erhalten.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über die Anträge abermals zurück, mit dem Ziel, sich bei diesem bedeutenden Thema auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Terminplanung 2014**

[Umdrucke 18/2610](#) (neu), [18/2611](#) (neu)

Der Finanzausschuss begrüßt die Ankündigung von Finanzministerin Heinold, die Fragen der Fraktionen zum Haushalt einzelplanbezogen zu beantworten. Der Finanzausschuss beschließt die Terminpläne [Umdrucke 18/2610](#) (neu) und 18/2611 (neu).

Die **Haushaltsberatungen** finden am 29. September, 1. und 2. Oktober 2014 ganztägig statt.

Die Sitzungen der **Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung** zur Beratung der LRH-Bemerkungen 2014 finden am 22. Mai und 3. Juli 2014 von 10 bis 13 Uhr statt. An diesen beiden Tagen findet bei Bedarf eine Finanzausschusssitzung von 9 bis 10 Uhr statt. Am 18. September 2014, 14 Uhr, werden die Mitglieder der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung die Rechnung des Landesrechnungshofs für das Jahr 2012 im Landesrechnungshof prüfen.

In der nächsten Finanzausschusssitzung, am 8. Mai 2014, will sich der Finanzausschuss mit dem weiteren Verfahren zur baulichen Sanierung des UKSH befassen.

Reguläre **Finanzausschusssitzungen** finden am 8. Mai und 12. Juni 2014, 10 Uhr, statt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

[Umdruck 18/2504](#) - Haushaltsvollzug 2013

[Umdruck 18/2505](#) - Haushaltsreste 2013

[Umdruck 18/2506](#) - Stellenplan Hochschulen

[Umdruck 18/2536](#) - IT-Organisation des Landes

[Umdruck 18/2577](#) - Betriebsmittelkredite des UKSH

[Umdruck 18/2655](#) - Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit von Sitzungen

nicht öffentlicher [Umdruck 18/2508](#) - Zinsstrategie des Landes

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Abg. Koch bittet den Landesrechnungshof, zu den Stellenhebungen im Hochschulbereich schriftlich Stellung zu nehmen ([Umdruck 18/2506](#)).

Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung, die in [Umdruck 18/2577](#) - Betriebsmittelkredite des UKSH - aufgeworfenen Fragen des Rechnungshofs schriftlich zu beantworten.

Die Zinsstrategie des Landes soll als gesonderter Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung behandelt werden ([Umdruck 18/2508](#)).

Zu [Umdruck 18/2536](#) - IT-Organisation des Landes - sagt Herr Thomsen, CIO der Landesregierung, zu, die ausstehenden Berichte rechtzeitig vor der nächsten Finanzausschusssitzung vorzulegen. Die Verzögerung liege darin begründet, dass man sehr viele Abstimmungsgespräche geführt und Sicherungsmechanismen eingezogen habe.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Finanzausschuss beschließt, dass vertrauliche Umdrucke künftig auch den verpflichteten Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zugeleitet werden.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer